



ERNST-REUTER-HEFTE

5

Willy Brandt und Michail Gorbatschow

Bemühungen um eine zweite »Neue Ostpolitik«,
1985–1990

von Stefan Kreuzberger

be.bra
wissenschaft verlag

Willy Brandt und Michail Gorbatschow

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 5

Stefan Kreuzberger

Willy Brandt und Michail Gorbatschow

Bemühungen um eine zweite
»Neue Ostpolitik«, 1985–1990

BeBra Wissenschaft Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© BeBra Verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2. Auflage 2026
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert und Merle Büter
Gesamtgestaltung: typegerecht, Berlin
Schrift: DTLRomulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Multiprint, Kostinbrod
ISBN 978-3-95410-041-5
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de
--

Querdenker und Politiker des Dialogs

»Für mich waren das Leben und Wirken Willy Brandts eine große Lehrstunde und unschätzbare Kapital«, würdigte der frühere sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow 1992 ehrfurchtvoll den kurz zuvor verstorbenen Spitzenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie. Mehr noch: Im Rückblick auf seine eigenen intellektuellen Wanderungen meinte er, bemerkenswerte Parallelen zum ehemaligen Ehrenvorsitzenden der SPD erkennen zu können. Mit größter Bewunderung hob er deshalb Brandts Grundsatz hervor, »[...] die kreative Kraft des Zweifels zu sehen. Und zu zweifeln«, so der einstige KPdSU-Generalsekretär, »heißt zu suchen.«¹

Es gibt in der Tat interessante Analogien zwischen beiden Politikern. Diese haben nicht zuletzt begünstigt, dass Gorbatschow und Brandt in einer seit 1979 sicherheitspolitisch äußerst angespannten Phase des Ost-West-Konflikts relativ schnell nach ihrer ersten Begegnung im Mai 1985 zu einem vertrauensvollen, problem- und lösungsorientierten Arbeitsverhältnis finden konnten. Beiden gemein und gleichsam ihr Markenzeichen waren die Bereitschaft zum – mitunter unorthodoxen – Dialog und der Hang zum politischen Querdenken.

Bei Willy Brandt kam dieser Wesenszug erstmals 1963 öffentlichkeitswirksam zur Geltung. In diesem Jahr ließ er sich als damaliger Regierender Bürgermeister von Berlin – entgegen dem in Westdeutschland weit verbreiteten politischen Konsens des Kalten Krieges – auf Gespräche mit dem SED-Regime ein. Das Ergebnis war ein zeitlich befristetes Passierscheinabkommen. Es erlaubte den West-Berlinern, das erste Mal seit dem Bau der Mauer für die Zeit zwischen Weih-

1 Michail Gorbačev: Delaet li čelovek politiku? Delaet li čelovek istoriju? Razmyšlenija o nasledii Villi Brandta, in: Svobodnaja mysl' 17/1992, S. 17–21, hier S. 18 u. 21.

nachten und Silvester 1963 ihre Verwandten im Ostteil der Stadt zu besuchen. Diese »Politik der kleinen Schritte« befürwortete – unterhalb der völkerrechtlichen Anerkennungsschwelle – den Kontakt zur DDR. Gleichwohl ging damit stets die Erwartung einher, unter den Bedingungen der andauernden staatlichen Teilung möglichst substanzielle menschliche Erleichterungen für die Deutschen in Ost und West zu erzielen.

Damit war der Grundstein gelegt für das, was spätestens nach 1969 in der von Willy Brandt geführten ersten sozialliberalen Bunderegierung unter der Bezeichnung »Neue Ostpolitik« in die Geschichte des Kalten Krieges und der deutsch-sowjetischen Beziehungen eingehen sollte. Höhepunkt und zugleich Blaupause für weitere entspannungspolitische Abkommen und Verständigungsschritte zwischen der Bundesrepublik und ihren osteuropäischen Nachbarn bildete zweifellos der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970. Er beinhaltete einen gegenseitigen Gewaltverzicht, da die Vertragspartner sich darauf verständigt hatten, künftig alle Streitfragen friedlich beizulegen. Sie bekannten sich zur Unverletzlichkeit der bestehenden europäischen Nachkriegsgrenzen und bekundeten das politische Ziel, den Frieden im Geiste der Entspannung aufrechtzuerhalten. Das Stockholmer Nobel-Komitee würdigte daher Willy Brandts großen Verdienst um die Entspannung bereits im Jahr darauf mit dem renommierten Friedenspreis. Und auch das sollte sich spätestens ab 1990 als eine weitere Gemeinsamkeit zwischen dem deutschen Sozialdemokraten und dem sowjetischen KP-Chef erweisen: Michail Gorbatschow wurde ebenfalls noch innerhalb seiner Amtszeit für sein politisches Engagement mit dieser bedeutsamen Auszeichnung geehrt. Denn seine Politik der Perestroika und sein neues Denken in der sowjetischen Außenpolitik trugen 1989/90 wesentlich zu den friedlichen Revolutionen in Osteuropa, zur deutschen Vereinigung und damit zur Beendigung des Kalten Krieges bei.



Ausgabe von Passierscheinen in der Schiller-Schule in Berlin-Charlottenburg, 28. Dezember 1963.

Mit dem Moskauer Vertrag erlebte das deutsch-sowjetische Verhältnis zeitweilig eine Phase enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit. Angesichts der an leidvollen Erfahrungen reichen Beziehungsgeschichte besaß das Vertragswerk zudem stets einen hohen symbolischen Stellenwert. Vor allem in Krisenzeiten wurde man nicht müde, die verständigungspolitischen Errungenschaften der frühen 1970er Jahre zu würdigen, um darüber den jeweils anderen an dessen politisch-moralische Kooperationsverantwortung zu erinnern. Ein solches Denken entsprach der Logik der von Willy Brandt gemeinsam mit seinem engsten Weggefährten Egon Bahr konzipierten »Neuen Ostpolitik«. Denn diese basierte maßgeblich auf den Prinzipien einer Kontakt- und Netzwerkpflege, die frei von ideologischen Berührungspunkten war.

Eine erste Gelegenheit, das auf einen engen politischen Dialog gründende Konzept zu erproben, ergab sich für Brandt am Rande

der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags. Die Begegnung mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, stiftete beim westdeutschen Bundeskanzler zunächst aber noch mancherlei Verwirrung: »Was mich im ersten Gespräch geradezu deprimierte, waren der Verzicht auf eine halbwegs anspruchsvolle Argumentation und die demonstrative Wiederanknüpfung an Stalin«, hielt Brandt in seinen Memoiren fest. »Breschnew war mir im persönlichen Gespräch nicht unsympathisch, wenn auch wegen seiner selektiven Wahrnehmung der Wirklichkeit und der wohl nicht nur damit zusammenhängenden Abhängigkeit von Sprechzetteln ein wenig unheimlich. Aber so war es ja nicht, daß ich mir mein Gegenüber hätte aussuchen oder auf einen Gorbatschow hätte warten können. Daß mich ein Geistesriese oder eine moralische Größe empfangen würde, hatte ich auch 1970 schon nicht erwartet.«²

Das zweite Treffen im Jahr darauf, das auf eine persönliche Einladung Breschnews zurückging, fand in dessen Sommerresidenz in Oreanda auf der Krim unter ungleich besseren Voraussetzungen statt. Hier traf Brandt auf einen sichtlich entspannten Generalsekretär, der ihn ganz allein in Simferopol am Flughafen abholte und dabei auf jegliches diplomatisches Protokoll verzichtete. Der anschließende Empfang im Flughafengebäude zog sich in die Länge, war geprägt von einer feuchtföhlichen Runde und einem nahezu unerschöpflichen Reservoir an Witzen.³ Es war gewissermaßen der Auftakt für einige Tage des ungewollenen Beisammenseins, um sich persönlich besser kennenzulernen. Unvergessen bleiben die Fotos, die damals um die Welt gingen und einen unbekümmerten Leonid Breschnew während einer Fahrt

2 Willy Brandt: *Erinnerungen*, Hamburg 2007, S. 204 f.

3 Vgl. ebd., S. 214. – Vgl. Stefan Kreuzberger: *Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung*, 2. Aufl., Hamburg 2022, S. 167–182.



Leonid Breschnew (links) mit Willy Brandt (Mitte) bei einem Boots- ausflug auf dem Schwarzen Meer, 17. September 1971. Rechts der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr.

mit dem Motorboot auf dem Schwarzen Meer zeigten, wobei er dem aufmerksam zuhörenden Bundeskanzler die Schönheiten des Küstenpanoramas erläuterte. Hier schien sich, so die für jedermann sichtbare Botschaft, Entspannung im wahrsten Sinne des Wortes zu materialisieren.

In ungezwungener Atmosphäre verliefen auch die intensiven politischen Gespräche. Dabei wurden Fragen diskutiert, die über die Normalisierung der politischen Beziehungen und eine Verbesserung des Handels hinausreichen sollten. Brandt sprach offen seinen Wunsch nach einem Abbau der Konfrontation, der Verringerung von Militärausgaben, aber auch eine Truppen- und Rüstungsreduzierung an. Er erlebte dabei einen KP-Chef, der sich für derartige Überlegungen prinzipiell offen zeigte. Gleichwohl machte Breschnew klar, dass der Umsetzung dieser Ziele schwierige Verhandlungen vorausgehen müssen.

ten. Zugleich würde es den Verhandlungspartnern ein hohes Maß an Bereitschaft zur Transparenz abverlangen.⁴

Das Treffen auf der Krim zeitigte Erfolge, zumindest was den vertrauensvollen Umgang der beiden Politiker miteinander betraf. Seit dieser Begegnung entwickelte sich ein enger Gedankenaustausch. Dieser schlug sich in einer umfangreichen Korrespondenz und vier weiteren persönlichen Zusammenkünften nieder. Er überdauerte die Kanzlerschaft Willy Brandts. Selbst als mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979, den Streiks in Polen Mitte August 1980 und der zunehmenden Bedrohung Westeuropas durch sowjetische SS-20-Mittelstreckenraketen die Entspannungszeiten durch ein erneutes Wettrüsten und einen »zweiten« Kalten Krieg abgelöst wurden, riss Brandts persönliche Verbindung zum Kreml bis in das Jahr 1981 nicht ab. Und so konnte weiterhin immer wieder ausgelotet werden, »was jede Seite bewegte, was möglich war und was nicht möglich war«, wie er einige Jahre später, am 3. Juni 1985, dem wenige Monate zuvor ins Amt gelangten neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow erläuterte.⁵

Auflängere Sicht erwies sich hierfür eine Übereinkunft als überaus nützlich, die Brandt und Breschnew bereits bei ihrem ersten Treffen im August 1970 vereinbart hatten. Gemeint ist die Einrichtung eines gesonderten vertraulichen Gespräch-Kanals. Mithilfe dieses »back

4 Vgl. Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, in *Oreanda* am 17. September 1971, in: Willy Brandt. *Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik, 1966–1974*. Bearb. von Frank Fischer (= Berliner Ausgabe, Bd. 6), Bonn 2005, S. 375–392. – Vgl. Creuzberger: *Jahrhundert* (wie Anm. 3), S. 477–483.

5 Schreiben von Willy Brandt an Michail Gorbatschow vom 3. Juni 1985, in: *Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung* (WBA-AdsD), A 9, Nr. 10, o. Bl.

channel«, der gewissermaßen als vertrauensbildende Maßnahme zu betrachten war, konnten fortan jederzeit die politischen Spitzen beider Länder über sensible Angelegenheiten frei von »Prestigegegesichtspunkten« und unter Ausschluss der Öffentlichkeit offen miteinander kommunizieren.⁶ Brandt nutzte diese Gelegenheit direkt oder bediente sich seines Vertrauten Egon Bahr. Vor allem mittels stiller Diplomatie suchten sie diskret und bisweilen erfolgreich heikle Themenbereiche, wie humanitäre Fragen oder Menschenrechtsverletzungen, aufzugreifen, auch wenn diese offiziell für die sowjetische Seite weitgehend Tabu waren.

Dieser Austausch wurde indes immer schwieriger, je stärker sich die internationale Lage seit 1979 verschlechterte. Die scheinbar bewährten Instrumentarien der »Neuen Ostpolitik« taugten unter diesen Bedingungen kaum mehr, um bei dem greisen, zusehends hinfällig gewordenen Kremlchef mit klaren Worten über die Aussichtslosigkeit seines Tuns durchdringen zu können. Es wurde immer deutlicher: Brandt und Breschnew redeten nunmehr aneinander vorbei.⁷

Unterdessen zeichneten sich in der durch Stagnation geprägten späten Breschnew-Ära erste Veränderungen ab, die selbst bei aufmerksamen westlichen Beobachtern vorerst unbemerkt blieben. Im inneren Führungszirkel der hoffnungslos überalterten KPdSU-Elite bahnte sich der politische Aufstieg eines jungen Funktionärs an, der immer weniger den damaligen Vorstellungen des klassischen sowjetischen Homo politicus entsprach. Mit Michail Gorbatschow gelangte 1980 eine Persönlichkeit als Vollmitglied in das Politbüro der KPdSU, die

6 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, 2. Aufl., München 1996, S. 331 f.

7 Vgl. Frank Fischer: Einleitung, in: Willy Brandt. *Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1974–1982*. Bearb. von Frank Fischer (= Berliner Ausgabe, Bd. 9), Bonn 2003, S. 15–77, bes. S. 54–70.

angesichts der immensen inneren und äußeren Probleme der UdSSR kaum mehr daran glaubte, diese mittels erstarrter Politikkonzepte und inhaltsleerer Parteirituale lösen zu können. Gorbatschow wusste sehr wohl, wie notwendig alternative Überlegungen waren. Denn seit 1978 leitete er im Zentralkomitee der KPdSU die Abteilung für Landwirtschaft. Schon zuvor, während seiner Zeit als Erster KP-Sekretär im Gebiet Stawropol, hatte er sich in dieser Hinsicht durch unorthodoxe Experimentierfreudigkeit profiliert. Ihm war immer mehr bewusst geworden, wie sehr der Agrarsektor zur Achillesferse der sowjetischen Ökonomie gehörte. Seine Bereitschaft, ausgetretene Pfade zu verlassen, um Neuerungen zu wagen, entsprach seiner politischen Sozialisation und unterschied ihn maßgeblich von weiten Teilen der in Moskau herrschenden Politikerkaste.

Gorbatschow gehörte zur Generation der sogenannten Schestisjätniki (»1960er«). Dabei handelte es sich um jene Alterskohorte, die während des »politischen Tauwetters« in der von Nikita Chruschtschow geprägten poststalinistischen Sowjetunion ihre akademische Ausbildung absolviert hatte. Als examinierter Jurist, der erst über ein Fernstudium agrarwissenschaftliche Zusatzkompetenzen erworben hatte, war Gorbatschow – im Unterschied zum Heer der Technokraten in den Führungsspitzen der Partei – ein ausgesprochener Intellektueller. Als solcher glaubte er an die Reformierbarkeit des krisengeschüttelten Sowjetsystems. Er schätzte das geistig reflektierte Gespräch und besaß die Gabe, aufmerksam zuhören zu können. Gelegenheit dazu bot ihm im engsten Familienkreis seine langjährige Ehefrau Raissa Gorbatschowa, eine Professorin für Soziologie. Außerhalb der Privatsphäre ergab sich bereits lange vor seiner Zeit als Generalsekretär der KPdSU der regelmäßige Dialog mit einer ganz bestimmten Kategorie von Sozialwissenschaftlern und Wirtschaftsexperten. Viele von ihnen positionierten sich kritisch zum inneren



Beisetzung des
Generalsekretärs
der KPdSU, Juri
W. Andropow,
14. Februar 1984.
Rechts vorn neben
dem Sarg Andropow's
Nachfolger
Konstantin U.
Tschernenko,
ganz links Michail
Gorbatschow.

Zustand der UdSSR. Sie gehörten nicht zum Mainstream des dortigen wissenschaftlichen Establishments. Als Querdenker wirkten sie zumeist an der Peripherie des sowjetischen Forschungsbetriebs und produzierten vielfach lediglich für die akademischen Schubladen. Von diesen Kreisen wurde Michail Gorbatschows politische Geisteswelt inspiriert. Doch erst als er nach 1985 in der Führungsspitze der KPdSU fest verankert war, konnte er diesen politikberatenden Sachverstand offen in den Reformprozess der Perestroika einbeziehen. Das galt auch für Überlegungen einer Geheimkommission von Wissenschaftlern am Moskauer Institut für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems. Diese waren zwischen 1982 und 1984 im offiziellen Parteauftrag damit befasst, »nach Auswegen aus dem ›Kalten Krieg‹« zu suchen, stießen allerdings bei der alten KPdSU-Führung am Ende damit auf Ablehnung.



Premierministerin Margaret Thatcher empfängt Michail Gorbatschow auf ihrem offiziellen Landsitz Chequers, 16. Dezember 1984.



Michail Gorbatschow im Gespräch mit Arbeitern, 1985.

Ansätze eines neuen Denkstils hatte Gorbatschow indes schon früher artikuliert. So hatte er im Dezember 1984 auf einer Ideologiekonferenz seiner Partei offen gefordert, sich von überkommenen Dogmen zu befreien. Dabei operierte er mit Begrifflichkeiten, die bald schon zu den Schlüsselvokabeln des grundlegenden Umbaus der UdSSR werden sollten.⁸

Auch auf anderen Gebieten zeichnete sich Michail Gorbatschow durch eine bemerkenswerte Weltläufigkeit und ungewohnte Professio-

8 Vgl. hierzu ausführlicher bei Archie Brown: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt am Main u. a. 2000, S. 64–100, 110–113, 119f., 170f., 192–194, 207–209 u. 213f. – Zur Geheimkommission siehe ausführlicher bei V.I. Dašičev: *Proekt »ZVEZDA« – v poiskach putej vychoda iz »cholodnoj vojny«*, in: *Novaja i novejšaja istorija* 53 (2010), H. 2, S. 120–132.

nalität aus, was ihn von den übrigen damaligen Moskauer Spitzenfunktionären wohltuend abhob. Seine Position erlaubte ihm Auslandsbesuche, darunter Fahrten, die in die nichtsozialistische Staatenwelt führten. 1975 besuchte er die Bundesrepublik, 1983 geleitete er eine sowjetische Parlamentarier-Kommission nach Kanada. Und 1984 versetzte er am Rande einer Visite in Großbritannien die als »Eiserne Lady« bekannte britische Premierministerin Margaret Thatcher geradewegs in Verzückung. Gorbatschow präsentierte sich ihr gegenüber als ein Politiker, der offenbar über den engen sowjetischen Erfahrungshorizont hinauszublicken vermochte.⁹ Ein Mann dieses Zuschnitts, der über das erforderliche Quantum an Eloquenz und Reflexionsvermögen verfügte, ließ daher bei manchem westlichen Gesprächspartner Hoffnungen aufleben. Würde sich für die seit 1979/80 erstarrten Ost-West-Beziehungen nunmehr die Chance bieten, in absehbarer Zeit zur politischen Entspannung der frühen 1970er Jahre zurückzukehren?

9 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 452. – Vgl. auch »Mr. Gorbatschow hat vor gar nichts Angst«. Premierministerin Margaret Thatcher über Bonner Gipfel, Star Wars, den neuen Kreml-Chef und die Lage der Nation«, in: *Der Spiegel* 18/1985, S. 127–142, bes. S. 135.

Annäherung und erste Begegnung

Zum Kreis jener westeuropäischen Spitzenpolitiker, die den Glauben an den Erfolg der Entspannungspolitik nicht aufgegeben hatten und sich deshalb auch während der frühen 1980er Jahre unablässig darum mühten, den Ost-West-Dialog wieder in Gang zu bringen, gehörte zweifellos Willy Brandt. »Zu diesem großartigen Menschen, einem der größten Politiker unserer Zeit, entwickelte sich mit der Zeit ein freundschaftliches Verhältnis«, betonte Michail Gorbatschow 1995 in seinen Memoiren.¹⁰ Angesichts solcher Einschätzungen stellt sich die Frage, wie und vor welchem Hintergrund sich die politische Annäherung zwischen dem am 11. März 1985 ins Amt gewählten KPdSU-Generalsekretär und dem westdeutschen Sozialdemokraten anbahnte. Welche Motivation gab hierfür den Ausschlag? Wie nahmen sich die beiden Politiker gegenseitig wahr und inwieweit versuchten sie, einander zu beeinflussen bzw. sich für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren? Gorbatschow selbst sprach gegen Ende seiner politisch aktiven Jahre gelegentlich davon, im Verlauf der Perestroika eine »Sozialdemokratisierung« durchlebt zu haben. Manch sozialdemokratischer Akteur jener Zeit bilanzierte deshalb im Rückblick, der sowjetische Generalsekretär sei das »fleischgewordene Ergebnis der Ostpolitik und damit letztlich ein Geschöpf der SPD« gewesen.¹¹ Doch inwieweit sind derartige Wertungen historisch begründet?

10 Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 1000.

11 So eine Einschätzung des Historikers Frank Fischer: »Im deutschen Interesse.« *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989* (= *Historische Studien*, Bd. 464), Husum 2001, S. 223. – Zu diesem Urteil kommt auch Wilfried Loth: Willy Brandt, Michail Gorbatschow und das Neue Europa, in: Andreas Wilkens (Hrsg.): *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung* (= *Willy-Brandt-Studien*, Bd. 3), Bonn 2010, S. 413–432.

Es war ein Politikum, dass Willy Brandt als erster westlicher Politiker bereits am 27. Mai 1985 mit dem neuen sowjetischen KP-Chef in Moskau zusammentraf. Nicht der Bundeskanzler der in Bonn regierenden konservativ-liberalen Koalition oder gar ein anderer führender westlicher Regierungschef bekam die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem mächtigsten Mann der östlichen Supermacht, sondern ein westdeutscher Oppositionspolitiker. Wenn Gorbatschow sich zu einem solchen Schritt entschieden hatte, dann gab es dafür gute Gründe. Zur Bundesregierung waren zum damaligen Zeitpunkt die politischen Beziehungen hochgradig gestört, weil sie sich innerhalb des westlichen Bündnisses als eine der loyalsten Parteigängerinnen der Vereinigten Staaten erwies. Helmut Kohl und seine Regierungskoalition hatten im November 1983 dem NATO-Doppelbeschluss die parlamentarische Legitimation verschafft. Dadurch wurde der Weg für eine militärische Nachrüstung mit amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen auf dem westdeutschen Territorium freigemacht. Als sich im März 1986 die Bonner Regierungskoalition überdies noch darauf verständigte, am US-amerikanischen SDI-Projekt mitzuwirken, das einen gigantischen weltraumgestützten Abwehrschirm gegen sowjetische Interkontinentalraketen vorsah, gab es aus Moskauer Sicht vorerst keinen Anlass mehr, auf verbesserte Beziehungen zur Bundesregierung hinzuwirken.

Wesentlich aussichtsreichere Handlungsoptionen schienen sich dagegen im Verhältnis zur SPD abzuzeichnen. Mit Willy Brandt versuchte Gorbatschow nunmehr in Zeiten des neu entbrannten Wettrennens den Dialog zu einem international renommierten Sozialdemokraten aufzubauen, der als Initiator der »Neuen Ostpolitik« und des Moskauer Vertrags vor allem auch in der UdSSR nach wie vor hohes Ansehen genoss. Überdies war der SPD-Politiker Vorsitzender der weltweit größten sozialdemokratischen Partei. Zugleich leitete er die Sozialistische Internationale (SI). Brandt galt daher als eine vor allem



Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bei Michail Gorbatschow in Moskau, 27. Mai 1985.

in politisch links stehenden Kreisen gut vernetzte und überaus einflussreiche Persönlichkeit. Weitaus schwerer wog indes die Tatsache, dass Willy Brandt eine SPD repräsentierte, die sich seit Oktober 1982 als Oppositionspartei gegenüber der Bonner Regierungskoalition besonders auf sicherheitspolitischem Gebiet zu profilieren suchte. Die westdeutschen Sozialdemokraten hatten sich unter seiner Führung mehrheitlich auf eine Nebenaußenpolitik verlegt. Ihr lag der Gedanke einer Ost und West verbindenden »Gemeinsamen Sicherheit« zugrunde, oder wie Egon Bahr damals formulierte: »Es gibt nicht mehr Sicherheit gegen den möglichen Feind, sondern es gibt nur noch Sicherheit mit ihm zusammen.«¹² Um in dieser Hinsicht erfolgreich zu

12 Egon Bahr: Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek 1982, S. 26.

sein, bedurfte es dringend einer zweiten »Neuen Ostpolitik«. Über sie sollte das gerade in Zeiten des Wettrüstens verloren gegangene Vertrauen zurückgewonnen werden. Im Unterschied zu den Bonner Regierungsparteien sahen sich die Sozialdemokraten hier in einer vorteilhaften Lage. Sie konnten an die seit den Jahren der »Neuen Ostpolitik« bestehenden Kontakte zu den kommunistischen Parteien in Osteuropa, allen voran zur KPdSU, anknüpfen und sie pflegen. In diesem Sinne plädierte Willy Brandt bereits im November 1983 am Rande einer Begegnung mit einer Delegation der theoretischen KPdSU-Zeitschrift *Kommunist* in Bonn dafür, die Parteibeziehungen systematisch weiterzuentwickeln.¹³

Im Kreml in Moskau wurde all dies sehr wohlwollend registriert. Das galt einmal mehr, als im Mai 1984 die SPD auf ihrem Essener Parteitag die politische Wende zu einer neuen Sicherheitspolitik festlegte und sich abermals deutlich vom außenpolitischen Kurs der Bundesregierung absetzte. Die sowjetische Seite zeigte sich – anders als die amerikanischen Bündnispartner – überaus erfreut. In den »Beschlüssen gebe es interessante Teile, die punktuell im Gleichklang mit der sowjetischen Position stünden (die Passagen über Gewaltverzicht, C-waffenfreie Zonen, atomwaffenfreie Zonen, Freeze, Weltraum, Kriegsverhütung)«, gab der sowjetische Diplomat und Abrüstungsexperte Juli Kwizinskij Brandts Vertrautem Egon Bahr kurz nach dem SPD-Kongress zu verstehen.¹⁴

13 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit einer Delegation der KPdSU in Bonn am 29. November 1983 [Auszug], in: Willy Brandt. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992. Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt (= Berliner Ausgabe, Bd. 10), Bonn 2009, S. 172–175, bes. S. 174.

14 Zit. nach Fischer: Ostpolitik der SPD (wie Anm. 11), S. 228.

In dieser politischen Gemengelage bahnte sich im Frühjahr 1985 die Moskau-Reise einer hochrangigen SPD-Delegation unter der Leitung von Willy Brandt an. Die Vorbereitungen hierfür waren nicht frei von Ambivalenzen. Das galt besonders für die deutsche Seite. Zunächst einmal stimmte es generell optimistisch, dass sich mit der Wahl eines 54-jährigen zum Generalsekretär der KPdSU innerhalb der dortigen Parteiführung ein Generationswechsel vollzog. Zugleich stiegen damit die Hoffnungen, dass die Zeiten des politischen Machtvakuumms im Kreml möglicherweise der Vergangenheit angehören würden. Gerade für den auf eine zweite »Neue Ostpolitik« fixierten Willy Brandt war dieser Aspekt ausgesprochen wichtig. Der Erfolg seines Sicherheitskonzepts setzte feste, verlässliche Ansprechpartner und eine kontinuierliche Beziehungspflege voraus. Das war spätestens seit November 1982 nicht mehr der Fall. Denn mit Breschnews Tod hatte Brandt einen seiner engsten Gesprächspartner innerhalb der damaligen sowjetischen Führungsriege verloren. Zu dessen Nachfolgern Andropow und Tschernenko konnte er keine unmittelbaren Verbindungen aufbauen. Beide waren zum Zeitpunkt ihrer Amtsübernahme bereits schwer erkrankt. Die damit einhergehende Ungewissheit über Moskaus künftigen außen- und sicherheitspolitischen Kurs lähmte daher die internationalen Beziehungen und auch Brandts Bemühungen. Das hatten vor allem die Erfahrungen auf dem Gebiet der bilateralen Parteibeziehungen sehr schnell gezeigt. So gingen die Sozialdemokraten in der seit 1984 für Fragen der Rüstungsreduzierung zuständigen gemeinsamen Arbeitsgruppe sehr erwartungsvoll an die Zusammenarbeit. Sie mussten aber bald feststellen, dass die Vertreter der KPdSU nicht das gleiche Engagement an den Tag legten.

Doch lag darin keine nachlassende Wertschätzung der westdeutschen Sozialdemokratie, im Gegenteil: In einem vertraulichen Papier an das SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen, der zugleich für die

Kontakte zur SPD verantwortlich war, würdigten die Moskauer Stellen am 15. Oktober 1984 die Sozialdemokraten, weil sie den sowjetischen Standpunkten zu »aktuellen internationalen Fragen mit Aufgeschlossenheit« begegneten. Nicht zuletzt deshalb plädierte man nachhaltig dafür, »die zunehmenden Möglichkeiten für Kontakte mit den Sozialdemokraten der BRD auf den verschiedenen Ebenen« zu nutzen, »um die Gebiete, auf denen ihre Ansichten mit den unseren zu den aktuellen Problemen der europäischen Sicherheit übereinstimmen, zu festigen und zu erweitern, sowie zur Überwindung ihrer falschen Ansichten in einigen anderen Fragen beizutragen. [...] Ungeachtet dessen, daß sie sich jetzt in der Opposition befinde, hat die Sozialdemokratische Partei weiterhin entscheidenden Einfluß auf die Mehrheit der Werktätigen des Landes. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Partei in naher Zukunft an die Macht zurückkehrt.«¹⁵

An dieser Lageanalyse hatte sich auch nach dem Machtwechsel im Kreml im Frühjahr 1985 grundsätzlich nichts geändert. Es wird verständlich, weshalb ein führender westdeutscher Sozialdemokrat wie Willy Brandt als Erster die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem neuen Generalsekretär Michail Gorbatschow bekam. Die Einladung war nicht nur Privileg, sondern sie entsprang immer auch einem klaren sowjetischen Kalkül.

Bei der Vorbereitung der Begegnung war man innerhalb der SPD zunächst mit einem erheblichen Problem konfrontiert: Wer war dieser Mann, der von nun an für die Geschicke der östlichen Supermacht UdSSR verantwortlich zeichnete? Und vor allem: Wie fest verankert war der 54-jährige Newcomer im Politbüro, dem nach wie vor der

15 Vertrauliche Information für Hermann Axen vom 15. Oktober 1984, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/2.035/65, Bl. 174 u. 177.

Ruf eines von Gerontokraten beherrschten Gremiums anhaftete? Die Informationen darüber flossen spärlich. Selbst der Netzwerker Egon Bahr, der aufgrund seiner langjährigen intensiven ostpolitischen Erfahrungen zweifellos mit den Verhältnissen innerhalb der sowjetischen Nomenklatura einigermaßen vertraut war, musste hier zunächst passen. Als enger Parteigänger des SPD-Vorsitzenden führte er jedoch in einer Art Vorauskommando atmosphärische Vorsondierungen für das bevorstehende Treffen durch. Bahrs erste Begegnung mit Gorbatschow im April verlief für die geplante Brandt-Visite überaus ermutigend: Er verfügte über Vitalität, geistige Beweglichkeit und eine Diskussionskultur, die man ansonsten nur aus Gesprächen mit westlichen Staatsmännern kannte, wusste Bahr über den bis dahin weitgehend unbekanntem Kreml-Führer zu berichten. Seine Sympathie für den Generalsekretär wuchs, als ihm dieser seine Vorstellungen von »Gemeinsamer Sicherheit« erläuterte. All dies erinnerte den SPD-Unterhändler an die zwischen 1980 und 1982 von der unabhängigen internationalen Palme-Kommission erarbeiteten Abrüstungsvorschläge. Und in der Tat ließ sich Gorbatschow bereits seit Anfang der 1980er Jahre regelmäßig durch den sowjetischen Abrüstungsexperten Georgi Arbatow über die Aktivitäten des vom schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme geleiteten Gremiums unterrichten.¹⁶

Neben Bahrs wertvollen unmittelbaren Eindrücken stützte man sich in der SPD-»Baracke« aber noch auf andere Quellen, um sich unter den ohnehin schwierigen Umständen bestmöglich auf die bevorstehende Moskau-Reise Willy Brandts vorzubereiten. Erste einschlägige Stimmungsberichte aus der bundesdeutschen Botschaft wurden aufgrund der Informationsnot ebenso herangezogen wie eine eiligst

16 Vgl. Bahr: Zu meiner Zeit (wie Anm. 6), S. 515f.

gefertigte Arbeitsübersetzung eines Artikels aus der *L'Unita*, der Tageszeitung der italienischen KP. Darin äußerte sich Zdeněk Mlynář, der im westlichen Exil lebende, einstige tschechoslowakische Reformkommunist von 1968, über seine gemeinsamen Studienjahre mit Michail Gorbatschow an der Moskauer Lomonossow-Universität gegen Ende der 1950er Jahre.¹⁷

Doch in der Kürze der Zeit blieb der Umfang valider Hintergrundinformationen sehr begrenzt. Es mehrten sich dennoch die Anzeichen dafür, dass die SPD-Delegation in der sowjetischen Hauptstadt eine positive Grundstimmung vorfinden würde. Dafür sprach die Wochen zuvor wenig geglückte kurze Unterredung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem neuen KPdSU-Generalsekretär am Rande der Beisetzungsfestlichkeiten für den verstorbenen früheren Parteichef Konstantin Tschernenko. Gorbatschow scheute sich nicht, die schwarz-gelbe Bundesregierung offen als wenig eigenständig gegenüber Washington scharf zu kritisieren. Demgegenüber würdigte er Brandts historische Leistung der 1970er Jahre und hob zugleich hervor, dass es auch »heute reichliche Möglichkeiten für neue Schritte« gebe.¹⁸

Für Willy Brandt, der in international angespannten Zeiten die Chancen für eine zweite »Neue Ostpolitik« auszuloten suchte, klangen solche Äußerungen überaus verheißungsvoll. Deshalb mussten die Tage vor dem Spitzengespräch dafür genutzt werden, eine überzeugende politische Agenda festzulegen. Die Generalthemen für das Zusammentreffen in größerer Runde waren dabei durch den Umstand geprägt, dass beide Supermächte seit dem 12. März 1985 wieder am Verhandlungstisch saßen, um die Ende 1983 abgebrochenen Gesprä-

17 Siehe hierzu Moskau-Reise W.B., 26.–29.5.1985, in: WBA-AdsD, A 9, Nr. 178, o. Bl.

18 »Wohin driftet die Politik des BK?«, in: *Der Spiegel* 13/1985, S. 17–19, hier S. 18.



Sowjetische
Mittelstreckenrakete
des Typs SS-20,
Februar 1988.

che über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckenraketen (INF) und strategischer Atomwaffen (START) zu beleben sowie die Frage von Weltraumwaffen zu erörtern. Folglich war die SPD-Delegation in höchstem Maße daran interessiert, wie sich Gorbatschow zu den Genfer Verhandlungen, zur Abrüstung und zu den damit einhergehenden, spezifisch Europa betreffenden Fragen positionieren würde. Für das avisierte Vieraugengespräch mit dem sowjetischen Generalsekretär plante der SPD-Chef, die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume für eine sozialdemokratische Nebenaußenpolitik – und damit attraktive Alternative zur offiziellen auswärtigen Politik der Bonner Regierungskoalition – neu abzustecken.

Für den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag war es wesentlich einfacher, sich abseits der allgemeinen Staatsräson auf unorthodoxe außen- und sicherheitspolitische

Gedankenspiele einzulassen. Brandt beabsichtigte, Gorbatschow mit Überlegungen zu konfrontieren, die für die bündnispolitische Stellung der Bundesrepublik nicht unproblematisch waren: Dass generelle Sicherheit und Entspannung maßgeblich vom Willen der beiden Supermächte abhingen, lag für ihn selbstredend auf der Hand. Solange die USA und die UdSSR sich aber in dieser Hinsicht kaum aufeinander zubewegten, drängte sich ihm die entscheidende Frage auf, ob man Europa nicht in einer Art Übergangsstadium von diesen Prozessen vorübergehend abkoppeln könne. »Ist es ausgeschlossen«, so die Überlegungen für die bevorstehende Unterredung, »daß gemeinsame Sicherheit, solange sie zwischen Washington und Moskau nicht besteht, für Europa entwickelt wird? Ist es unmöglich zu erproben, aus Europa eine Insel des Friedens zu machen, was dann auch Einfluß auf die USA haben würde?« Angesichts der in Westeuropa verbreiteten Angst vor der Sowjetunion, »so unberechtigt sie sein mag«, sah Brandt in der damaligen Situation – wenn überhaupt, dann – vor allem die UdSSR gefordert, in diesem Sinne einschlägige Initiativen zu ergreifen.

Doch auch die SPD konnte ihren Beitrag dazu leisten. Ganz geprägt im Geiste der ersten »Neuen Ostpolitik« der 1970er Jahre und in der Hoffnung, bei den Bundestagswahlen 1987 wieder an die politische Macht zu gelangen, plädierte ihr Vorsitzender dafür, auf der »Parteebene [...] Modelle [zu] entwickeln, die im Falle der Regierungsübernahme in relativ schneller Folge zu Verträgen ausgebaut werden können. Statt über abstrakte Politik im Wahlkampf zu sprechen, kann es wichtig sein, zwei oder drei konkrete Rahmenvereinbarungen vorzeigen zu können als überzeugende Beispiele für das, was an praktischer Entspannungspolitik dann geschieht«. Konkret wurde hier an die Gespräche der Sozialdemokraten mit Unterhändlern der SED zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone gedacht – ein Projekt, dem der SPD-Vorsitzende in diesem Kontext eine »Schlüsselbedeutung« bei-

maß. Da es zwischenzeitlich aber in eine Sackgasse geraten war, hoffte Brandt auf eine positive Intervention Gorbatschows bei dessen Verbündeten in Ost-Berlin. All diesen Überlegungen galt es, eine solide Basis zu verschaffen. Und auch hier wirkten wieder die ostpolitischen Erfahrungen vorangegangener Jahre. So beabsichtigte der SPD-Chef, Michail Gorbatschow im engsten Kreis für die Idee zu gewinnen, »den vertraulichen Kanal wiederherzustellen«. Er wollte also jene privilegierte Kommunikationsverbindung revitalisieren, die einst zwischen ihm und Breschnew bestanden hatte.¹⁹

Im Nachgang an die Zusammenkunft blieb es Egon Bahr vorbehalten, die dafür erforderlichen Schritte auszuloten. Am 6. Juni leitete er über Außenminister Gromyko ein entsprechendes Schreiben Brandts an Gorbatschow weiter, um den »verlässlichen direkten Meinungsaustausch zwischen uns zu sichern«. Offenbar dachten die Sozialdemokraten daran, bewährte Gesprächspartner aus der Breschnew-Zeit reaktivieren zu können. Doch obwohl beide Spitzenpolitiker den Gedanken begrüßten, wurde der »back channel« am Ende trotzdem nicht realisiert.²⁰ Der weiteren bilateralen Kontaktpflege tat dies allerdings keinen substantziellen Abbruch. Denn in dem Maße, in dem sich Gorbatschow im Apparat der KPdSU fest etablieren und diesen mit eigenen loyalen Weggefährten durchsetzen konnte, hielt ein neuer offener Politikstil Einzug in den Kreml. Und das wiederum machte die vertrauensbildenden Instrumentarien der vorangegangenen Breschnew-Ära zunehmend obsolet.

19 Betr. Moskau-Reise W.B., 26.–29.5.1985, Einzelgespräch Gorbatschow – Brandt, in: WBA-AdsD, A 9, Nr. 10, o.Bl.

20 Schreiben von Egon Bahr an Andrei A. Gromyko vom 3. Juni 1985 mit Anlage eines Briefes von Willy Brandt an Michail Gorbatschow, in: AdsD, Depositum Egon Bahr, Nr. 1/EBAA000961.

Hoffnungen auf eine zweite »Neue Ostpolitik«

Alles in allem verlief der erste Dialog in einer überaus konstruktiven Atmosphäre. Er hinterließ bei Brandt bleibende Eindrücke. Vor allem die ungewöhnliche Professionalität imponierte ihm, mit der sich der in außenpolitischen Fragen inhaltlich sehr gut vorbereitete Gorbatschow in freier Rede wohltuend und souverän von seinem Vorgänger Breschnew, aber ebenso von der übrigen anwesenden sowjetischen Führungsspitze abhob. Er brachte zugleich seine »Stellung als erster Mann« entschlossen zum Ausdruck.²¹ Der für eine »zweite Phase der Ostpolitik«²² werbende SPD-Vorsitzende erlebte also während seiner rund fünfeinhalbstündigen Unterredung am 27. Mai einen »kompetenten, problembewußten und [...] geschmeidigen Gesprächspartner«.²³ Und dieser wartete mit »neuen Tönen« auf, wie es gut zwei Wochen später in einem Rechenschaftsbericht gegenüber der Bundestagsfraktion hieß.²⁴ Nicht nur in der Tischrede Gorbatschows am Rande eines gemeinsamen Frühstücks, auch während des Delegationsgesprächs und im Verlauf des Vieraugentreffens beider Politiker wurde eines zusehends deutlich: Der neue Mann im Kreml war offenbar bereit, die damalige international angespannte Lage nicht

21 Vgl. Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. Juni 1985 [Auszug], in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 230–236, bes. S. 234f.

22 Protokoll des Gesprächs des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Moskau am 27. Mai 1985, in: ebd., S. 219–230, hier S. 229.

23 Brandt: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 416.

24 Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. Juni 1985 [Auszug], in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 233.

mehr allein aus der »Perspektive der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen« zu betrachten.²⁵

Das entsprach genau dem, was Brandt sich im Vorfeld der Begegnung zu thematisieren vorgenommen hatte: die stärkere Einbeziehung des europäischen Faktors in einen herbeizuführenden Entspannungsprozess, um darüber neue Impulse für eine Annäherung zwischen Ost und West wie auch – in längerer Perspektive – für die Abrüstung insgesamt zu geben. »Wenn also die Sowjetunion heute in Bezug auf Europa zu Beziehungen von Block zu Block bereit sei«, so Willy Brandt gegenüber seinen Fraktionskollegen im Nachtrag zur Moskau-Visite, »dann sollte man das nutzen« – und dies nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern ebenso für die Pflege kultureller Kontakte.²⁶ Das galt allein schon deshalb, weil seine Unterredungen im Kreml ergeben hatten, wie wenig aussichtsreich es um die allgemeinen Abrüstungsgespräche der beiden Supermächte in Genf stand. Einmal mehr mühte sich der SPD-Parteivorsitzende nachdrücklich gegenüber Gorbatschow, mit der Idee mutiger einseitiger sowjetischer Moratoriums-Initiativen durchzudringen. Eine solche Maßnahme konnte bei den Amerikanern zusätzliches Vertrauen schaffen, diese möglicherweise zum Einlenken in den kontrovers beurteilten Rüstungsfragen bewegen. Brandt schwebte ein einseitig verkündeter Atomtest-Stopp der UdSSR

25 Ebd., S. 234. – Zu den einzelnen Gesprächen siehe auch Michail Gorbatschow: *So-branie sočinenij*, Bd. 2, Moskau 2008, S. 282–285; Protokoll des Gesprächs des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Moskau am 27. Mai 1985, in: Brandt. *Gemeinsame Sicherheit* (wie Anm. 13), S. 229 f.; Genosse Axen, Informationen über den Aufenthalt Willy Brandts in Moskau vom 6. Juni 1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/65, Bl. 193 f.

26 Ergebnism Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. Juni 1985 [Auszug], in: Brandt. *Gemeinsame Sicherheit* (wie Anm. 13), S. 233.

vor, vorausgesetzt die Vereinigten Staaten würden im Gegenzug keine Atomversuche unternehmen.²⁷

Auch wenn Gorbatschow sich von dieser Idee zunächst wenig angetan zeigte, sollte sich der Vorstoß dennoch bald materialisieren: Am 29. Juli 1985 verkündete er nicht nur einen bis zum 1. Januar 1986 befristeten Verzicht auf jegliche sowjetische Atomtests; er stellte auch in Aussicht, diesen zeitlich auszuweiten, sofern sich das Weiße Haus diesem Moratorium anschließen würde.²⁸

In den Reihen der westdeutschen Sozialdemokratie, allen voran bei Willy Brandt, löste dieser Schritt Michail Gorbatschows begeisterte Zustimmung aus. Mit viel Empathie bestärkte der SPD-Chef am 4. September 1985 den Generalsekretär in dessen couragiertem Vorgehen, mehr noch: Er erläuterte die potenziellen Perspektiven, die sich angesichts eines bevorstehenden Treffens mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan daraus ergeben könnten: »Wenn man weitergehen wollte oder könnte, bleibt das offene Problem, nicht nur der Tests von Sprengsätzen, sondern die Tests neuer atomarer Raketensysteme beiderseits zu beenden.« Und im Sinne weiterer vertrauensbildender Maßnahmen signalisierte Brandt zugleich, Mitte Oktober 1985 im Rahmen einer Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationalen für die Initiative der UdSSR »in der Linie unserer ihnen bekannten Grundhaltung« werben und wirken zu wollen.²⁹ Selbst gegenüber dem Bun-

27 Vgl. Protokoll des Gesprächs des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Moskau am 27. Mai 1985, in: ebd., S. 226 u. 589, Anm. 31.

28 Vgl. Schreiben von Johannes Rau an Willy Brandt vom 4. Oktober 1985, S. 3, in: WBA-AdsD, A 9, Nr. 10, o. Bl.

29 Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 4. September 1985, in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 243 f.

deskanzler wartete der SPD-Vorsitzende mit einschlägigen Aktivitäten auf, wenn es der Sache einer verbesserten Ostpolitik dienen konnte. Als Moskau ungeachtet erneuter unterirdischer amerikanischer Atomtests dennoch bereit war, das einseitige Moratorium aufrechtzuerhalten, intervenierte er am 14. April 1986 in einem persönlichen Schreiben bei Helmut Kohl. Dieser hatte sich kurz zuvor »prinzipiell zur Wichtigkeit eines Atomteststopps bekannt«. Der Kanzler sollte sich deshalb gegenüber den »amerikanischen Freunden« für ein Einlenken verwenden und »mit[...]helfen, bevor die jetzige mögliche Chance der Verständigung zwischen den Großmächten durch weitere Atomtests vertan wird«. ³⁰ Gleichwohl lief der Vorstoß ins Leere, da Kohl den Konflikt mit Washington scheute.

Dass mit dem neuen Generalsekretär in Moskau nunmehr weit- aus realistischere Chancen bestanden, die Stagnation im Ost-West-Konflikt allmählich zu überwinden, zeichnete sich für Brandt bereits während der ersten Zusammenkunft mit Gorbatschow aber auch auf anderen Gebieten ab. Das lag nicht allein an der auffälligen Charmeoffensive gegenüber der Sozialdemokratie, auf die sich der erste Mann im Kreml während der Gespräche verlegt hatte. Er wurde bei dieser Gelegenheit nicht müde, die »sichtbare Rolle« der SPD im »Kampf für die Lösung der Fragen von Krieg und Frieden« oder die – ungeachtet manch ideologischer Unterschiede – zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen sozialdemokratischer Partei und KPdSU hervorzuheben. Ebenso würdigte er den von Willy Brandt maßgeblich initiierten Moskauer Vertrag für die Entspannung der 1970er Jahre, weshalb er eigens die SPD in ihren aktuellen gemeinsamen Bemühungen mit der SED und der tschechoslowakischen KP um eine chemiewaffenfreie Zone in

30 Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, an den Bundeskanzler, Helmut Kohl, vom 14. April 1986, in: ebd., S. 299–301.

Europa nachdrücklich bestärkte. Mehr noch: Gorbatschow signalisierte sowjetische Unterstützung für dieses Projekt.³¹

Wenn der Generalsekretär sich gegenüber Brandt auf eine solche Weise exponierte, dann mochte dabei immer auch taktisches Kalkül im Spiel gewesen sein. Mit der zum damaligen Zeitpunkt in Bonn amtierenden Kohl-Regierung wusste er wenig bis gar nichts anzufangen: Sie hatte aus seiner Sicht die Grundlagen des Moskauer Vertrags verlassen und war nicht zuletzt wegen ihrer entschlossenen Bündnistreue zu den USA keinesfalls geeignet, die international angespannte Lage zu entschärfen. Brandt bot sich dagegen als entspannungspolitische Alternative und damit als Option an, die Bundesregierung auch in ihrem transatlantischen Verhältnis zu Washington unter Druck setzen zu können, oder wie Gorbatschow am 27. März 1986 in einer Politbürositzung pointiert formulierte: »In den USA wird man sofort nervös, sobald wir Kontakt mit Westeuropa herstellen. Und hier spielt die BRD eine sehr wichtige Rolle.« In seinem Bemühen, »Kohl [...] eine Lektion erteilen« zu wollen,³² war eines deshalb für Gorbatschow überaus nützlich zu wissen: die Versicherung Willy Brandts im Jahr zuvor während des Vieraugengesprächs am 27. Mai 1985, entschlossen für eine »Rückkehr zur ›Ostpolitik« eintreten zu wollen.³³ Für den Fall eines hoffentlich nicht in allzu ferner Zukunft liegenden Regie-

31 Gorbačev: *Sobranie sočinenij*, Bd. 2 (wie Anm. 25), S. 282–285. – Vgl. Genosse Axen, Informationen über den Aufenthalt Willy Brandts in Moskau vom 6. Juni 1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/65, Bl. 193.

32 Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 27. März 1986 [Auszug], in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente. Hrsg. von Aleksandr Galkin u. Anatolij Tschernjajew (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2011, S. 1 f.

33 Genosse Axen, Informationen über den Aufenthalt Willy Brandts in Moskau vom 6. Juni 1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/65, Bl. 193.

rungswechsels stellte der SPD-Vorsitzende in diesem Zusammenhang in Aussicht, sich im westlichen Bündnis für die Rücknahme der bislang im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses dislozierten amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa engagieren zu wollen. Freilich war Brandt sich darüber im Klaren, dass vieles dabei immer auch vom Verhalten der UdSSR abhängen würde.

Für Gorbatschow war die SPD aber nicht nur ein taktisches Instrument in der Ost-West-Auseinandersetzung. Dafür gab es zu viele verschiedene sicherheitspolitische Berührungspunkte, etwa die gemeinsame Ablehnung des weltraumgestützten amerikanischen Raketenabwehrsystems SDI oder die beiderseitige Grundüberzeugung, die französischen und britischen Nuklearwaffen bei der Berechnung des westlichen Atomarsenals einzubeziehen. Anders als seine Vorgänger begegnete der neue Generalsekretär zudem den Fragen des Nord-Süd-Dialogs mit auffallendem Interesse. Das wiederum brachte ihm zusätzliche Sympathien Willy Brandts, zumal sich dieser seit geraumer Zeit als Präsident der Sozialistischen Internationalen jener Thematik nachhaltig verschrieben hatte.³⁴ Doch auch in anderer Hinsicht mehrten sich die Indizien, die den entspannungspolitischen Grundoptimismus des SPD-Vorsitzenden bestärkten. So hatte Gorbatschow sich ihm in vertraulicher Runde als ein Staatsmann präsentiert, der nach politischen Auswegen aus dem seit 1979 andauernden Afghanistankrieg suchte. Aufgrund der damaligen Intervention befand sich die UdSSR in einer Dauerkrise am Hindukusch, die ganz maßgeblich zum Ende der Entspannungs-Ära der 1970er Jahre beigetragen hatte. Und selbst auf dem bis dahin heiklen humanitären Sektor, in Fragen des Umgangs

34 Vgl. Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 11. Juni 1985, S. 5, in: AdSD, SPD-Bundestagsfraktion, Nr. 6948.

Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan, Mai 1988.



mit Dissidenten, in Angelegenheiten der Familienzusammenführung oder ausreisewilliger sowjetischer Staatsbürger präsentierte sich der neue Generalsekretär im vertraulichen Dialog mit dem SPD-Chef in einer bis dahin ungewöhnlichen Verbindlichkeit. Im Unterschied zu den früheren KPdSU-Führern stellte er substantielle Regelungen in Aussicht, um derartige Probleme zu lösen,³⁵ und machte damit einmal mehr deutlich, dass auf absehbare Zeit die Uhren im Kreml möglicherweise doch anders ticken könnten.

35 Vgl. Brandt: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 416 u. 422.

Ostpolitische Zwischentappe und zweite Begegnung

Willy Brandt war zu sehr Politprofi, als dass er unmittelbar nach der ersten Begegnung mit Michail Gorbatschow sogleich in übertriebene Euphorie verfallen wäre. Da auch dieser sich einer Friedens- und Abrüstungsrhetorik bediente, die bereits durch seinen Vorgänger Breschnew über Jahre hinweg geradezu inflationär und wenig glaubhaft praktiziert worden war, hielt der SPD-Spitzenpolitiker eine gesunde Anfangsskepsis für angebracht.³⁶ Brandt verspürte keinerlei Neigung, leichtfertig in die Mühlen der sowjetischen Propagandamaschinerie zu geraten und sich allein für Moskaus Interessen verschleifen zu lassen. Dafür war ihm sein Anliegen zu wichtig, eine zweite »Neue Ostpolitik« dauerhaft in Gang zu bringen. Ungeachtet des zweifellos positiven Gesamteindrucks, mit dem er die sowjetische Hauptstadt am 29. Mai 1985 wieder verlassen hatte, war für ihn der erst wenige Wochen zuvor ins Amt gelangte Generalsekretär zunächst in einer Art Bringschuld. Das galt umso mehr, als sich der SPD-Chef unmittelbar nach seiner Rückkehr in Bonn harschen Angriffen aus den Reihen des Regierungslagers ausgesetzt sah. Dort suchten ihn die politischen Gegner mitunter als anti-amerikanischen Handlager des Kremls zu stigmatisieren.³⁷ Der Vorwurf prosovietischer Orientierung vermochte indes nicht zu überzeugen. Denn Willy Brandt nutzte die in Moskau gewonnenen Einsichten ebenso, um darüber die US-Administration in Washington zu informieren. Gänzlich ungerührt vom innenpolitischen Parteienstreit plädierte er zudem nicht nur in den internen SPD-Gremien, sondern

36 Vgl. Bahr: *Zu meiner Zeit* (wie Anm.6), S. 556 f.

37 Vgl. *Moskau-Reise W.B.*, 26.–29.5.1985 (Presseecho), in: *WBA-AdsD*, A 9, Nr. 178, o. Bl.

ebenso in der westdeutschen Öffentlichkeit dafür, sich auf Gorbatschow einzulassen, sich ernsthaft mit ihm auseinanderzusetzen.³⁸

Dazu bekam Brandt selbst schnell weitere Gelegenheit. Er ließ sich darauf ein, wie die Korrespondenz beider Politiker bis zu ihrem zweiten Treffen im April 1988 eindrucksvoll belegt. Trotz weltanschaulicher Unterschiede entwickelte sich zwischen ihnen ein konstruktiver Dialog, der durch Abtasten verschiedener Positionen, durch Vorabkonsultation geprägt und von einem stetig anwachsenden Vertrauen begleitet war. Gorbatschow übersandte Abrüstungsgedanken, die Brandt kommentierte und mit eigenen Überlegungen versah; umgekehrt hielt er den Generalsekretär in einer bemerkenswerten Offenheit über interne entspannungspolitische Debatten der SPD, deren Kontakte zu den übrigen osteuropäischen kommunistischen Parteien oder aber über die Situation der Sozialdemokraten im Vorfeld der Bundestagswahl von Januar 1987 auf dem Laufenden. Mit Blick auf letzteres Ereignis machte Gorbatschow kein Hehl daraus, dass er lieber früher als später wieder Brandts Partei in der Regierungsverantwortung sähe. Wie sehr das Vertrauensverhältnis inzwischen herangereift war, wurde in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, als der SPD-Vorsitzende inmitten des Wahlkampfes am 10. November 1986 dem sowjetischen Korrespondenzpartner in frappierender Klarheit auseinandersetzte, wie gering seine Hoffnungen noch waren, die schwarz-gelbe Bundesregierung ablösen zu können.³⁹

38 Vgl. »Das deutsche Gewicht hat abgenommen.« Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über sein Gespräch mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow«, in: *Der Spiegel* 23/1985, S. 26 – 31.

39 Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 10. November 1986, in: Brandt. *Gemeinsame Sicherheit* (wie Anm. 13), S. 306f., bes. S. 307.

Die gegenseitige Hochachtung erlebte indes in jenem Moment weitere Impulse, als Willy Brandt in Michail Gorbatschow einen sowjetischen Politiker vorzufinden glaubte, der zumindest in den auswärtigen Beziehungen dem Faktor Ideologie einen nachlassenden Stellenwert einzuräumen bereit war. Erste Anzeichen hierfür gab es bereits im Oktober 1985: Bei der Lektüre eines schriftlichen Berichts von Parteifreund Johannes Rau über dessen Begegnung mit Michail Gorbatschow am 10. September 1985 in Moskau registrierte Brandt sehr wohl Formulierungen des Generalsekretärs, die er für wert befand, eigens zu unterstreichen. Es hieß dort in Bezug auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West: »Würden [...] Ideologien in den Vordergrund gestellt, dann könnte das große Folgen haben. Wegen Ideologien habe es Kriege gegeben. Wegen Religionen gab es die Kreuzzüge. Sie solle es nicht mehr geben. Was die Sowjetunion und die Sozialdemokraten eine, sei das Interesse, die nationalen Ziele unter den Bedingungen des Friedens zu realisieren.«⁴⁰

Sofern es sich hierbei um erste Ansätze von Entideologisierung gehandelt haben sollte, lagen darin aus Brandtscher Perspektive zugleich Chancen und Potenziale – für die Abrüstung im Sinne einer anzustrebenden zweiten »Neuen Ostpolitik«, aber ebenso für die weiteren gegenseitigen Parteikontakte oder gar für das Verhältnis der Sozialistischen Internationalen zur KPdSU. Die Chance, dies im persönlichen Gespräch eingehender auszuloten, sollte sich aber erst im Frühjahr 1988 ergeben.

Bis dahin gab es gleichwohl noch andere Gelegenheiten, um sich vom verändernden Politikstil im engeren Umfeld Michail Gorbatschows überzeugen zu können. In dem Bemühen, mit oberster Prio-

40 Schreiben von Johannes Rau an Willy Brandt vom 4. Oktober 1985, S. 4, in: WBA-AdSD, A 9, Nr. 10, o. Bl. – Hervorhebung von Willy Brandt.

rität »andere Nationen dafür zu gewinnen, den Kalten Krieg als einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen«, wartete der neue Kremlchef in der Folgezeit mit zahlreichen Abrüstungsinitiativen und -vorschlägen auf.⁴¹ Brandt ging dabei mit vielen Vorstößen konform und ermunterte zu weiteren kühnen Schritten. Manche Anregung des SPD-Vorsitzenden fiel dabei auf fruchtbaren Boden: Im Juni 1986 kündigte Gorbatschow auf der Budapester Tagung der Warschauer Pakt-Staaten an, die in der DDR und UdSSR stationierten sowjetischen Nuklearraketen vom Typ SS 12/SS 22 und SS 23 in das Verhandlungspaket um die atomaren Mittelstreckenraketen einbeziehen zu wollen. Zugleich regte er eine drastische Reduzierung der konventionellen Truppenkontingente beiderseits des »Eisernen Vorhangs« an. In diesem Zusammenhang lassen sich geistige Verbindungen und Einflüsse nachweisen, die auf den Dialog beider Staatmänner zurückgingen. Nicht von ungefähr ließ Gorbatschows außenpolitischer Berater Anatolij Tschernjajew über Egon Bahr, der im Juli 1986 zu einem kurzen Arbeitsbesuch in Moskau weilte, ausrichten: »Wir müßten sehr zufrieden sein; ohne unser Drängen und unsere Gesichtspunkte hätte es die Budapester Vorschläge zum konventionellen Sektor nicht gegeben.«⁴²

Ein erstes substanzielles Ergebnis, das weitere Entspannungshoffnungen nährte, war in jenen Jahren zweifellos das sowjetische Einlen-

41 Siehe dazu Bessmertnych, in: Andrei Grachev/Chiara Blengino/Rossella Sievano (Hrsg.): 1985–2005. Twenty Years that Changed the World, Rom u.a. 2005, S. 149. – Zu den verschiedenen abrüstungspolitischen Aktivitäten des Generalsekretärs siehe ausführlicher bei Loth: Willy Brandt (wie Anm. 11), S. 418–425.

42 Zit. nach Bernd Rother/Wolfgang Schmidt: Einleitung. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992, in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 15–111, hier S. 58. – Schreiben von Egon Bahr an Willy Brandt vom 17. Juli 1986, S. 2, in: AdSD, Depositum Egon Bahr, Nr. 1/EBAA000960.



Ronald Reagan
und Michail
Gorbatschow
unterzeichnen
den INF-Vertrag,
8. Dezember
1987.

ken in der lange umstrittenen Frage der atomaren Mittelstreckenraketen. Es gipfelte in der Unterzeichnung des sogenannten INF-Vertrags durch Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan am 8. Dezember 1987. Fortan wurde der NATO-Doppelbeschluss hinfällig.

In der Wahrnehmung Egon Bahrs begann sich damit die Idee von »Gemeinsamer Sicherheit« allmählich zu materialisieren, für die Willy Brandt und er den sowjetischen Generalsekretär stets zu gewinnen bemüht gewesen waren.⁴³ Letzterer plädierte zusehends für die Architektur eines »Europäischen Hauses«. Das wiederum deckte sich mit Brandts Vorstellung, nunmehr die Europäer selbst verstärkt in die Verantwortung zu nehmen. Losgelöst vom Verhältnis der bei-

43 Vgl. Fischer: Ostpolitik der SPD (wie Anm. 11), S. 252.

den Supermächte sollten sie eigene, gemeinsame Sicherheitskonzepte kreieren, was nicht zwangsläufig im Widerspruch zur jeweiligen Schutzmacht stehen musste. Für den Sozialdemokraten eröffneten sich damit zugleich weiterführende Perspektiven für das innerdeutsche Verhältnis: »Neues Denken auf deutsch« bezeichnete er es, wenn fortan beide deutsche Staaten ihre gemeinsamen »Interessen analysieren und zu Vorschlägen formulieren [würden], die jeder von ihnen in seinem Bündnis einbringt. Sie werden damit umso erfolgreicher sein, je mehr sich in diesen Vorschlägen das europäische Interesse an Entspannung, Abrüstung und Sicherheit wiederfindet«. ⁴⁴ Für Brandt wirkte all dies ungemein ermutigend, weil er in dem KPdSU-Chef zunehmend einen verlässlichen Kooperationspartner für derartige Vorhaben erblickte.

Vor diesem Hintergrund kam es am 5. April 1988 zu einer zweiten persönlichen Begegnung beider Politiker im Moskauer Kreml. Der SPD-Mann hatte zwischenzeitlich die Führung seiner Partei gegen den Ehrenvorsitz eingetauscht. Er traf auf einen sowjetischen Generalsekretär, der – abgesehen von den mutigen Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik – nunmehr inmitten des Umbaus der Sowjetgesellschaft stand. Gorbatschow verbreitete einerseits Aufbruchstimmung und Zuversicht, mithilfe von Glasnost und Perestroika den Sozialismus alter sowjetischer Prägung grundlegend reformieren zu können. Andererseits präsentierte er sich wohltuend selbstkritisch: Er beschönigte nicht, sondern räumte offen Probleme ein und sprach die vor ihm liegenden Herausforderungen klar an, was Brandt

44 Zit. nach Rother/Schmidt: Einleitung (wie Anm. 42), S. 61. – Vgl. auch die Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt, vor dem Internationalen Institut für Friedensforschung in Stockholm am 18. September 1987 [Auszug], in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 316–323, bes. S. 320.

sichtlich imponierte, ihn einmal mehr für den Erneuerer in Moskau einnahm.⁴⁵

Beeindruckend war zugleich die voranschreitende Entideologisierung, die Brandt erstmals persönlich den Ausführungen des Generalsekretärs entnehmen konnte: Zwar wollte Gorbatschow nach wie vor die »sozialen und ideologischen Unterschiede zwischen den Staaten [...] bewahren«, die Probleme der Europäer aber trotzdem gemeinsam angehen. Zugleich brachte er mit Blick auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen ein verändertes Verständnis von friedlicher Koexistenz zum Ausdruck. Anders als all seine Vorgänger war er zunehmend bereit, der klassenkämpferischen Geisteshaltung abzuschwören und die Existenzberechtigung des weltanschaulich Anderen grundsätzlich anzuerkennen.⁴⁶

Selbst innerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs schien Gorbatschow zu tolerieren, dass dort die sowjetische Perestroika mitunter sehr unterschiedlich beurteilt wurde. Er betrachtete sein Reformprojekt offenbar nicht mehr als das alleingültige, nachzuahmende Modell. Das wiederum hatte entideologisierende Impulse auch für das Binnenverhältnis der osteuropäischen Staatenwelt und ihrer kommunistischen Parteien. Angesichts solcher Umstände war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die seit 1968 für den gesamten Ostblock verbindliche »Breschnew-Doktrin«, mit der die Zerschlagung des tschechoslowakischen Reformkommunismus im Nachhinein legitimiert wurde, generell zur Disposition stehen würde.

45 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs des Präsidenten der Sozialistischen Internationalen und Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, in Moskau am 5. April 1988 [Auszug], in: ebd., S. 324–341, bes. S. 326 f.

46 Ebd., S. 331 u. 337.

Treffen von
Willy Brandt mit
Michail Gorbatschow im Kreml,
5. April 1988.



Die Aufbruchstimmung, die diesen Ausführungen innewohnte, beflügelte geradewegs die Vorstellungskraft des aufmerksamen Zuhörers Brandt. Nicht von ungefähr brachte er die Diskussion auf die Frage, wie man im Kreml künftig »mit der Spaltung der Arbeiterbewegung um[zu]gehen« gedenke. Freilich dachte er kaum an eine »Verschmelzung von Sozialdemokratie und Kommunismus«. Er sah aber gute Chancen, dass die Kommunisten des Ostblocks nach dem Vorbild der westeuropäischen Eurokommunisten ein Mehrparteiensystem akzeptieren und sich innerhalb dieser institutionellen Verflechtung auf »einen demokratischen Weg zum Sozialismus« begeben könnten.⁴⁷

⁴⁷ Zit. nach Rother/Schmidt: Einleitung (wie Anm. 42), S. 63.

Grenzen und Ende von Brandts Nebenaußenpolitik

Gleichwohl gab es wenig Grund für übertriebene Selbstzufriedenheit. Denn während der damaligen Unterredung beider Spitzenpolitiker zeichnete sich bereits ab, dass die auf Moskau fixierte Nebenaußenpolitik der SPD an ihre Grenzen gestoßen war. Die Wertschätzung Gorbatschows gegenüber Brandt blieb davon allerdings unberührt. Angesichts der sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen sank der praktische Nutzen der SPD für die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik. Mit Blick auf Washington war inzwischen Bewegung in die Abrüstungsverhandlungen gekommen. Und hinsichtlich der Beziehungen zum politischen Bonn hatte sich der Generalsekretär nach der Wahlniederlage der SPD im Januar 1987 weiterhin zumindest bis 1991 auf eine schwarz-gelbe Regierungskoalition unter Helmut Kohl einzustellen. Zu dieser begann sich das politische Verhältnis allmählich zu verbessern. Spätestens seit dem erfolgreichen Staatsbesuch von Bundeskanzler Kohl im Oktober 1988 in der UdSSR verlagerte sich die außenpolitische Kooperation ausschließlich auf die Bundesregierung und beendete damit die »Schräglage«, die bis dahin zwischen den offiziellen Vertretern beider Länder bestanden hatte.⁴⁸

Das musste Willy Brandts Bemühungen um eine zweite »Neue Ostpolitik« zwangsläufig einen Dämpfer versetzen. Allein der Umstand, dass während seiner Unterredung mit dem KPdSU-Chef am 5. April 1988 die deutsch-sowjetischen Beziehungen fast gänzlich ausgeklammert blieben, sprach für sich. Die Bedeutung Brandts für Gorbatschow verschob sich indes auf andere, die offizielle sowjetische

48 Vgl. Kreuzberger: Jahrhundert (wie Anm. 3), S. 502–515. – Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 14. April 1988 [Auszug], in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage (wie Anm. 32), S. 74–76, bes. S. 74.

Außenpolitik flankierende politische Sphären. Der SPD-Ehrenvorsitzende war nach wie vor eine respektierte Persönlichkeit in der deutschen Öffentlichkeit. Zugleich spielte er als Präsident eine führende Rolle in der Sozialistischen Internationalen. Und diese war gerade dabei, ihr Verhältnis zur Sowjetunion grundlegend zu überdenken, sprich: sich von dem alten, negativ durch Stalinismus und Kalten Krieg geprägten Antikommunismus zu verabschieden. Vor diesem Hintergrund galt es, so Michail Gorbatschow am 14. April 1988 im Politbüro über sein Spitzengespräch mit dem SPD-Mann, Brandts Autorität und Reputation in der Bundesrepublik, vor allem aber gegenüber den Parteien der Sozialistischen Internationalen zu nutzen. Sie sollten »an das neue Denken, an die Unterstützung unserer Perestrojka, an die Zerstörung des ›Feindbildes‹« herangeführt werden.⁴⁹ Und in der Tat warb Willy Brandt in den dortigen Gremien um Verständnis und Unterstützung für die Reformen und Abrüstungsinitiativen Gorbatschows.⁵⁰

Auch in anderer Hinsicht konnte man zu jener Zeit aus dem Munde des sozialdemokratischen »elder statesman« Äußerungen entnehmen, die beim sowjetischen Generalsekretär regen Anklang fanden. Sie stützten sein Projekt der Perestrojka in außen-, vor allem aber in deutschlandpolitischer Hinsicht: So distanzierte sich der SPD-Ehrenvorsitzende am 14. September 1988 – nicht zuletzt unter dem Eindruck des im Jahr zuvor stattgefundenen Arbeitsbesuchs von SED-Generalsekretär Erich Honecker in der Bundesrepublik – in einem öffentlichen Vortrag zum 40-jährigen Jubiläum des Parlamentarischen Rates in Bonn von der Formulierung »Wiedervereinigung«, mehr noch: Er prägte das Diktum von der »Wiedervereinigung [...] als Le-

49 Vgl. ebd., S. 74f.

50 Vgl. Michail Gorbačev: *Sobranie sočinenij*, Bd. 10, Moskau 2009, S. 594f.

benslüge der zweiten Deutschen Republik«. In Teilen der westdeutschen Publizistik, insbesondere im Regierungslager, stiftete er damit erheblich Verwirrung. Schien dadurch seine »prinzipielle Haltung in der deutschen Frage undeutlich« zu werden?⁵¹ Auch wenn er das Ziel der Einheit der Nation nicht grundsätzlich zur Disposition gestellt sehen wollte, deckte sich Brandts damalige Einstellung doch allzu sehr mit den Auffassungen Michail Gorbatschows. Und dieser gab insbesondere den Vertretern der Bonner Regierungskoalition immer wieder zu verstehen, die Lösung der Nachkriegsfragen »der Geschichte zu überlassen«, da die »deutsche Frage« momentan »nicht aktuell« sei, weshalb man von der Realität zweier existierender deutscher Staaten ausgehen müsse.⁵²

Als sich im Frühjahr und Sommer 1989 die Anzeichen in Osteuropa und in der DDR zusehends verdichteten, in absehbarer Zeit mit substanziellen politischen Veränderungen am äußeren Rand des sowjetischen Imperiums konfrontiert zu werden, zeichnete sich – anders als etwa im linken Flügel der SPD um den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine – bei Willy Brandt ein grundlegender Stimmungswechsel ab. In der Sache der bis dahin offenen deutschen Frage schien der geschichtliche Prozess nunmehr eine Entwicklung bewirkt zu haben, die die deutsche Einheit in die Nähe des Möglichen rückte. Neue Lösungskonzepte waren gefragt. Unter dem Eindruck der damaligen dramatischen, geradezu revolutionären Ereignisse in Un-

51 Rother/Schmidt: Einleitung (wie Anm. 42), S. 66. – Vgl. auch Wolfgang Schmidt: Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, in: Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandts Außenpolitik (= Akteure der Außenpolitik), Wiesbaden 2014, S. 161–258, bes. S. 248.

52 Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage (wie Anm. 32), S. VII–XIX, hier S. XII.

garn und Polen sah Brandt im Mai 1989 zunächst gute Chancen für die Deutschen, innerhalb der nächsten Dekade in einem veränderten, fürs politische Zusammenwachsen prädestinierten Europa unter dem Dach einer Konföderation zusammenzuleben.

Am 25. September schließlich setzte er gegenüber seinen bisherigen Bemühungen um eine zweite »Neue Ostpolitik« deutlich andere Akzente. Den damaligen SPD-Vorsitzenden und Bundestagsfraktionschef Hans-Jochen Vogel drängte er in einem vertraulichen Schreiben auf eine klare Kurskorrektur. Brandt bezweifelte, ob angesichts der unaufhaltsamen Eigendynamik, die die Auflösung der langjährigen politischen Ordnung im Ostblock beförderte, eine »generelle Verdammung von ›Destabilisierungen‹«, die bis dahin die Nebenaußenpolitik der SPD gekennzeichnet hatte, der damaligen Lage gerecht werde. »Landgewinn für staatsbürgerliche Freiheit ist kaum zu erzielen, ohne verkrustete Strukturen zu ›destabilisieren‹«, so seine Schlussfolgerung.⁵³

Dass sich der SPD-Ehrenvorsitzende von da an, spätestens jedoch mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, zu einem Befürworter der deutschen Einheit wandelte, schien Michail Gorbatschow anfänglich offenbar entgangen zu sein. Als Brandt anlässlich eines Treffens in Moskau am 17. Oktober 1989 die politischen Perspektiven beider deutscher Staaten auszuloten suchte, verkannte der Kremlchef den Vorstoß, indem er kurzerhand abwiegelte, für ihn stände die Lösung der deutschen Frage nach wie vor nicht auf der politischen Tagesordnung.⁵⁴ Und so verwundert es wenig, wenn er kurz

53 Schreiben des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt, an den Vorsitzenden der SPD, Hans-Jochen Vogel, vom 25. September 1989, in: Brandt. Gemeinsame Sicherheit (wie Anm. 13), S. 368 f.

54 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs des Präsidenten der Sozialistischen Internationalen und Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit dem Generalsekretär des ZK



Die Außenminister Gyula Horn (Ungarn) und Alois Mock (Österreich) durchschneiden den »Eisernen Vorhang« an der österreichisch-ungarischen Grenze, 27. Juni 1989.

darauf am 1. November 1989 dem neuen, durch die inneren Ereignisse in der DDR hochgradig verunsicherten SED-Generalsekretär Egon Krenz bei dessen Antrittsbesuch in der UdSSR im Anflug tiefster Überzeugung zu beruhigen suchte: »[Brandt] glaubt, dass die DDR eine große Errungenschaft des Sozialismus sei, obgleich er natürlich sein eigenes Verständnis vom Sozialismus hat. Eine Liquidation der Republik wäre seiner Meinung nach eine Pleite für die Sozialdemokraten. Deshalb, so denke ich, sollten wir alle von der Formel ausgehen: Die Geschichte hat so entschieden, dass es zwei deutsche Staaten gibt. Aber natürlich kommt ihr [die SED; S.C.] um die BRD nicht herum. [...] Ich bin überzeugt, dass es sich für uns auszahlen würde, die Ver-

der KPdSU und Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, in Moskau am 17. Oktober 1989 [Auszug], in: ebd., S. 369–379.

bindungen mit der BRD besser zu koordinieren, wovor sich Honecker in gewissem Maße gedrückt hat.«⁵⁵ Gorbatschow setzte in dieser Situation, in der das Überleben des SED-Regimes an einem seidenen Faden hing – abgesehen von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, von dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und dem italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti – offenbar immer auch auf seinen langjährigen Gesprächspartner aus der SPD, wenn es darum ging, die Eigenständigkeit der DDR zu wahren und die im westdeutschen Regierungslager aufkeimenden deutschlandpolitischen Hoffnungen zu konterkarieren.

Doch all das blieb Illusion. Was die äußere Perspektive betraf, identifizierte sich Willy Brandt fortan in weiten Teilen mit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, die auf eine zügige Vereinigung des Landes drängte.⁵⁶ In den Reihen der politischen Führung in der Sowjetunion, allen voran bei Michail Gorbatschow, rief dies naturgemäß Enttäuschung und Verärgerung hervor. Wie es um die Stimmung im Kreml stand, wusste der damalige Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau, Hans Schumacher, am 23. Januar 1990 anschaulich zu berichten. Valentin Falin, ein für Brandt seit den Anfängen der »Neuen Ostpolitik« vertrauter sowjetischer Gesprächspartner, fasste die dortige Stimmungslage zusammen und ließ seinem Unmut in einer Philippika freien Lauf. Falin geißelte gegenüber Schumacher den politischen Opportunismus der SPD, der er ein Höchstmaß an Unzuverlässigkeit gegenüber der SED und der DDR attestierte. »Man solle nicht vergessen, was zwischen Willy Brandt und Michail Gorbatschow beim letzten

55 Gespräch von Michail Gorbatschow mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz, am 1. November 1989, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage (wie Anm. 32), S. 213–227, hier S. 220.

56 Vgl. Schmidt: Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 51), S. 251 f.



Demonstration für Reformen und Demokratie in der DDR auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin, 4. November 1989.

Besuch u. a. besprochen worden sei, nämlich der Versuch, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Nun aber erzeuge die SPD mit ihrer neuen Politik gegenüber der SED neue Spaltungen. [...] Die SPD mische sich massiv in die inneren Angelegenheiten der DDR ein, indem sie an dortigen Wahlkampagnen mitarbeite. Doch sei noch unter der Kanzlerschaft Willy Brandts ein Vertrag geschlossen worden, der dies eigentlich verbiete. [...] Es sei etwas im Verhältnis zwischen der SPD und KPdSU verlorengegangen. Die SPD sei [...] unsolider geworden. Die Situation sei deutlich ernster als noch vor wenigen Monaten.«⁵⁷

57 Vertrauliches Schreiben von Hans Schumacher, Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau, an den Geschäftsführenden Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Jürgen Burckhardt, vom 23. Januar 1990, S. 1 f., in: AdsD, Depositum Egon Bahr, Nr. 1/EBAA000722.

Trotz solch ernüchternder Einsichten hatte Michail Gorbatschow aber Willy Brandt und die Sozialdemokraten noch nicht vollkommen abgeschrieben. Da er in jener für das Überleben des SED-Regimes zusehends aussichtslosen Situation möglichst viel an Restsubstanz der DDR retten wollte, waren sie im Kalkül des Generalsekretärs zeitweilig ein politischer Faktor, den es zu instrumentalisieren galt. Hier wog vor allem die Hoffnung, dass die SPD aus den ersten freien Wahlen als stärkste politische Kraft in Ostdeutschland hervorgehen würde. »Wir müssen das nutzen«, so Gorbatschow in einer Besprechung am 26. Januar 1990 im Kreise seiner engsten Berater, in der er auf den Gedanken einer deutschen Wiedervereinigung einzustimmen versuchte.⁵⁸ Zugleich plädierte er in jener Sitzung nachhaltig dafür, »man sollte den Freunden [in dieser Situation] raten, sich über die Chancen einer Vereinigung der SED und SPD Gedanken zu machen«.⁵⁹ Damit zeichnete sich eine klare Stoßrichtung ab, die aber – zumindest zum damaligen Zeitpunkt – keineswegs für eine dem sowjetischen Generalsekretär oftmals unterstellte »Sozialdemokratisierung« spricht. Gorbatschow setzte in einem letzten Akt darauf, mithilfe von Brandts Partei die Initiative in der Deutschlandpolitik zurückgewinnen zu können. Nicht von ungefähr drängte er deshalb den DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow, der am 30. Januar 1990 in Moskau sein Konzept über den Weg zur deutschen Einheit erläuterte, alle wesentlichen Kräfte in der DDR, vor allem jedoch die SPD in dieses Projekt

58 Erörterung der deutschen Frage im kleinen Kreis im Arbeitszimmer des Generalsekretärs des ZK der KPdSU am 26. Januar 1990, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage (wie Anm. 32), S. 286–291, hier S. 286 f.

59 Georgi Schachnasarow: Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, Bonn 1996, S. 150.



Willy Brandt
an der Berliner
Mauer, 10. No-
vember 1989.

einzubinden.⁶⁰ Und wenn der sowjetische Generalsekretär sich im Falle einer Wiedervereinigung zeitweilig dem Beitritt der DDR zum westlichen Militärbündnis verweigerte und stattdessen für den beschleunigten Aufbau des »Gemeinsamen Europäischen Hauses« votierte,⁶¹ kam ihm die Grundorientierung sozialdemokratischer Nebenaußenpolitik sehr entgegen.

Das Ganze blieb Episode. Denn in dem Maße, in dem sich die dramatischen Veränderungen in den internationalen Verhältnissen Europas nicht mehr abwenden ließen, ging hinsichtlich der Deutschlandpolitik

60 Vgl. Ekkehard Kuhn (Hrsg.): Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten, Bonn 1993, S. 101.

61 Michail M. Narinskij: M.S. Gobačev i ob"edinenie Germanii. Po novym materialam, in: Novaja i novejšaja istorija 47 (2004), H. 1, S. 14 – 30, hier S. 17.

das Gesetz des Handels im Wesentlichen auf die Regierungsakteure in Washington, Moskau und Bonn über. Willy Brandts Bemühungen, als Oppositionspolitiker im Dialog mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow eine zweite »Neue Ostpolitik« zu initiieren, waren angesichts solcher Entwicklungen endgültig obsolet geworden. Das galt umso mehr, als der Ehrenvorsitzende der SPD sich nun ebenfalls mit größter Überzeugung in das Lager der Einheitsbefürworter eingereiht hatte und sich fortan nachhaltig für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik engagierte. Was blieb, war die Hoffnung des sowjetischen KP-Chefs, mit Willy Brandt einen politisch-moralischen Fürsprecher in der Bundeshauptstadt Bonn zu haben, der im Geiste des zwischen ihnen entstandenen Vertrauens seine gesamte Reputation darauf verwenden würde, die deutsche Vereinigung nicht allzu sehr »auf Kosten der Sowjetunion erfolgen« zu lassen.⁶²

62 Loth: Willy Brandt (wie Anm. 11), S. 430.

Weiterführende Quellen und Literatur

- Egon Bahr: Zu meiner Zeit, 2. Aufl., München 1996.
- Willy Brandt: Erinnerungen, Hamburg 2007.
- Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main u. a. 2000.
- Stefan Creuzberger: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 14), Berlin 2009.
- Ders.: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, 2. Aufl., Hamburg 2022.
- Frank Fischer: »Im deutschen Interesse.« Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989 (= Historische Studien, Bd. 464), Husum 2001.
- Ders. (Bearb.): Willy Brandt. Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1974–1982 (= Berliner Ausgabe, Bd. 9), Bonn 2003.
- Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2011.
- Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Wilfried Loth: Willy Brandt, Michail Gorbatschow und das Neue Europa, in: Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung (= Willy-Brandt-Studien, Bd. 3), Bonn 2010, S. 413–432.
- Ignaz Lozo: Gorbatschow. Der Weltenveränderer, Freiburg i. Brsg. 2024.
- Uwe Mai/Bernd Rother/Wolfgang Schmidt (Bearb.): Willy Brandt. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992 (= Berliner Ausgabe, Bd. 10), Bonn 2009.

- Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart u. a. 2002.
- Michail M. Narinskij: M.S. Gobačev i ob"edinenie Germanii. Po novym materialam, in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2004, S. 14–30.
- Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandts Außenpolitik (= Akteure der Außenpolitik), Wiesbaden 2014.
- Ders. (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse (= Willy-Brandt-Studien, Bd. 5), Bonn 2011.
- Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012.
- William Taubman: Gorbatschow: Der Mann und seine Zeit. Eine Biographie, München 2018.

Bildnachweis

- Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 S. 7: Nr. 0093946 (Gert Schütz); S. 49: Nr. 0315115 (Christo Bakalski); S. 51: Nr. 0312013 (Edmund Kasperski).
- ullstein bild S. 9: Nr. 00048002 (BPA); S. 13: Nr. 00076598 (Nowosti); S. 14: Nr. 8004584332 (TopFoto); S. 15: Nr. 00014669 (Nowosti); S. 19: Nr. 00029367 (Poly-Press); S. 25: Nr. 00230552 (ADN-Bildarchiv); S. 34: Nr. 01134612 (Nowosti); S. 39: Nr. 00099984 (Nowosti); S. 42: Nr. 00096925 (Nowosti); S. 47: Nr. 00691620 (AP).
- Cover Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Moskau, 27. Mai 1985. ullstein bild, Nr. 00029367 (Poly-Press).
- Umschlagseite hinten links Treffen von Willy Brandt mit Michail Gorbatschow im Kreml, 5. April 1988. ullstein bild, Nr. 00096925 (Nowosti).

Umschlagseite hinten rechts Demonstration für Reformen und Demokratie in der DDR auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin, 4. November 1989. Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0315115 (Christo Bakalski).

Der Autor

Stefan Creuzberger, Prof. Dr. phil. habil., geboren 1961, Studium der Geschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeografie in Frankfurt am Main, Tübingen und Bonn. Seit 2013 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Rostock und Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen und osteuropäischen Geschichte, u. a.: *Das deutsch-russische Jahrhundert, Geschichte einer besonderen Beziehung* (2022); *Adenauers Ostpolitik. Der Bundeskanzler und die Sowjetunion* (2025, hrsg. zusammen mit Dominik Geppert). Mitherausgeber u. a. der *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* und der *Rhöndorfer Ausgabe*.

ERNST-REUTER-ARCHIV

STIFTUNG

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter www.ernst-reuter.org



Nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982 verfolgten führende Sozialdemokraten um Willy Brandt die Absicht, aus der Opposition heraus eine eigene Deutschland- und Außenpolitik zu gestalten. Durch sie sollten die Errungenschaften der »Neuen Ostpolitik« seit den späten 1960er Jahren bewahrt werden. Bereits die erste Begegnung Brandts mit dem 1985 gewählten neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, war gekennzeichnet von Aufgeschlossenheit, Sympathie und Wertschätzung.

Stefan Kreuzberger beschreibt die Entstehung und die historischen Hintergründe der persönlichen Freundschaft zwischen den beiden Staatsmännern Brandt und Gorbatschow. Anhand neu freigegebener Dokumente verweist er auf die Leistungen, aber auch auf die Grenzen der sozialdemokratischen Nebenaußenpolitik in den 1980er Jahren.

ISSN 2194-5810
ISBN 978-3-95410-041-5



9 783954 100415

€ 5,- | D |

ERNST-REUTER-ARCHIV
STIFTUNG

www.bebra-wissenschaft.de